



REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT SÜDWESTTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts
VORSITZENDER DES PLANUNGS-AUSSCHUSSES

Regionale Planungsstelle Südwestthüringen
Behördenzentrum · Hölderlinstraße 1 · 98527 Suhl

Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung
und Verkehr
Minister Christian Carius
Werner-Seelenbinder-Straße 8
99096 Erfurt

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Bad Salzungen
07.05.2013

Zuarbeit Demografiestrategie für den Freistaat Thüringen (Beschluss-Nr.: PLA 03/289/2013)

Sehr geehrter Herr Minister,

zu Ihrem Schreiben vom 13. Februar 2013 betreffs Erarbeitung einer Demografiestrategie für den Freistaat Thüringen möchte die Regionale Planungsgemeinschaft (RPG) Südwestthüringen einige Anregungen unterbreiten.

Die demografischen Veränderungen (Bevölkerungsrückgang und Alterung der Bevölkerung) haben Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Sie können von staatlicher Seite nur begrenzt beeinflusst werden. Es bedarf klarer abgegrenzter Ziele, die unter Beachtung der spezifischen thüringischen Gegebenheiten sowie der verfügbaren Mittel und Möglichkeiten zu erreichen sind. Für die Regionalplanung / Raumordnung besteht die Aufgabe zuallererst darin, mittels räumlicher / standörtlicher Sicherungs-, Entwicklungs- und Ordnungsvorgaben Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die bestehenden Strukturen der Daseinsvorsorge an die veränderte Nachfragesituation sinnvoll angepasst und gestaltet werden können. Die Sicherung der Lebensqualität der Einwohner des Freistaates gehört dabei in den Mittelpunkt der Thüringer Demografiestrategie.

An dieser Stelle wird auf die Internetseiten der Serviceagentur Demografischer Wandel verwiesen, auf der u. a. zahlreiche Untersuchungen, Studien und Berichte zum demografischen Wandel in Thüringen zur Verfügung stehen (z. B. Demografiebericht Thüringen / Teil 1 bis 3; Der demografische Wandel im Freistaat Thüringen von 1990 bis 2030 – Analyse, Prognose und Auswirkungen / Teil 1 und 2; Demografie-Ratgeber Thüringen). Ebenso wird auch auf die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie verwiesen. Die Bewältigung der Herausforderungen wie u. a. Klimawandel, Energiewende und Ressourcenknappheit wird zukünftig ebenso wichtig sein wie der Umgang mit dem demografischen Wandel.

Die darin enthaltenen Handlungsfelder / Einschätzungen / Bewertungen / strategischen Handlungsansätze sind umfassend und richtungsweisend und sollten in die Thüringer Demografiestrategie aufgenommen werden, durch konkrete Maßnahmen / Konzepte untersetzt und zielgerichtet umgesetzt werden.

Landratsamt Hildburghausen • Landrat Thomas Müller • Vorsitzender des Planungsausschusses der RPG Südwestthüringen
Wiesenstraße 18 • 98646 Hildburghausen

Telefon: 03685 / 445 - 101 • Telefax: 03685 / 445 - 500

Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen • Regionale Planungsstelle • Behördenzentrum, Hölderlinstraße 1 • 98527 Suhl

Telefon: 03681 / 73 - 4501 • Telefax: 03681 / 73 - 4502 • E-Mail: Regionalplanung-sued@tlwva.thueringen.de

www.regionalplanung/thueringen.de

Ohne auf die gesamte Bandbreite des demografischen Wandels eingehen zu können, erachtet die RPG Südwestthüringen im Kontext ihrer Arbeit folgende Schwerpunkte und Aspekte hinsichtlich der Erarbeitung der Thüringer Demografiestrategie für relevant:

- **Stärkung der Zentralen Orte** als Siedlungs-, Versorgungs-, Verkehrs- und Wirtschaftszentren (Abgrenzung / Definition von Siedlungskernen) und damit Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes
 - o Erhaltung und Attraktivitätssteigerung der Siedlungskerne / Stadtzentren durch geeignete Maßnahmen,
 - o Sicherung des kompletten Spektrums der grundzentralen Ausstattung,
 - o Sicherung der ÖPNV-Anbindung aller im Grundversorgungsbereich liegenden Siedlungen sowie das Vorhandensein Zentraler Busplätze
 - o Definition von Mindeststandards zur Erhaltung der Funktionalität der Zentralen Orte
 - o klare standörtliche Zuweisung der zentralörtlichen Funktion an den jeweiligen Ortsteil, der diese überörtliche Versorgungsfunktion am besten wahrnehmen kann (mit Blick auf eine sinnvolle räumliche Steuerung und Schwerpunktsetzung reicht es nicht aus, den zentralörtlichen Status undifferenziert politischen Gemeinden mit mehreren Ortsteilen zuzuweisen)
 - o Das Zentrale-Orte-Prinzip sollte sich in den Förderinstrumenten / bei der Vergabe der Fördermittel widerspiegeln und bei Entscheidungen zur Neugliederung kommunaler Gebietsstrukturen stärkere Berücksichtigung finden.

- **Sicherung zumutbarer Erreichbarkeit** der Daseinsvorsorgeinfrastruktur (Einzelhandel, Gesundheit, Soziales, Sport, Bildung, Wissenschaft, Kultur - Festlegung von Mindeststandards)

- **Gestaltung der Siedlungsstruktur / nachhaltige Siedlungsentwicklung** (Umbau des Siedlungsbestandes zu attraktiven Lebensorten, unterschiedliche Wohnformen und –qualitäten entsprechend der Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung)
Unterstützung beim Eigentumshandling sowie beim Abriss von Schrottimmobilien sowie der Erstellung von Bauzustands-, Leerstands- und Brachflächenkatastern in den Kommunen („echtes“ Raum-Monitoring)

- **Gestaltung / Anpassung der technischen Infrastruktur unter Beachtung der Infrastrukturfolgekosten** (Wasserversorgungs-, Abwasserbehandlungsanlagen, moderne Kommunikationsinfrastruktur, erneuerbare Energien). Dabei sollten alternative Projekte
 - o für kleine private und kommunale Anlagen zur Abwasserbehandlung in ländlich-peripheren Räumen,
 - o für kleinere Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien sowie nutzergebundene Energienetze,
 - o zur medizinischen Betreuung sowie zur Betreuung von Senioren,
 - o zur Erhaltung kleiner Schulen im ländlichen Raum usw.
 durch entsprechende Regelungen nicht mehr nur in Ausnahmefällen, sondern bei Bedarf und Finanzierbarkeit grundsätzlich umsetzbar sein.

- **Funktionalitätsprüfung des Verkehrsnetzes und Vorhaltung einer bedarfsgerechten Verkehrsinfrastruktur** (flexible Nahverkehrssysteme unterstützen, um eine bedarfsgerechte und kostengünstige Beförderung zu gewährleisten - ÖPNV, Sammelbusse, Rufbusse, Busfahrtschein für Taxis, ehrenamtliche Beförderung und andere Modelle)

- **Nachhaltigkeit im Planen, Denken und Handeln - Reduzierung des Flächenverbrauchs** (Um- und Nachnutzung von Brachflächen, Innen- vor Außenentwicklung, Leerstandsmanagement, ressourcenschonendes Wirtschaften)

- **Bewältigung der neuen Herausforderungen in allen Bereichen der Daseinsvorsorge** (geändertes Nachfrageverhalten - weniger und älter werdende Bevölkerung)

Arbeit und Familie

- Bereitstellung von Fachkräften (Betriebe bei der Absicherung des Fachkräftebedarfs unterstützen, Integration älterer und ausländischer Arbeitskräfte)
- Bildungs- und Weiterbildungsangebote gemäß den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes,
- Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Wiedereinstieg nach Baby-pause, Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen, Vorhalten von Mutter-Kind-Arbeitsplätzen, familienfreundliche Arbeitszeiten, Telearbeitsplätze),

Kinderbetreuung

- gesetzliche Regelungen für Kinderbetreuung (Kindertagespflege, Tagesmütter) an die tatsächlichen Bedürfnisse anpassen und Erschwernisse abbauen,

Seniorenbetreuung

- neue Konzepte / Formen / Angebote im Bereich Seniorenbetreuung zulassen (z.B. Schaffung kleiner Wohngruppen bzw. kleiner Betreuungseinheiten, seniorengerechter Umbau dazu geeigneter vorhandener Wohngebäude u.a. Bauernhöfe, Gründerzeitgebäude, benachbarte Wohngebäude in Kleinstädten, Innen- vor Außenentwicklung),
- Absicherung des qualifizierten Fachkräftebedarfs im Pflegebereich

- **Überarbeitung / Aktualisierung von Rahmenbedingungen, Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien sowie Überprüfung von deren Praxistauglichkeit** für die Gestaltung von Anpassungsstrategien an den demografischen Wandel
- **Förderprogramme**
 - Anpassung der Förderkulisse an die Bedingungen des demografischen Wandels,
 - Erstellung / Verfügbarkeit einer benutzerfreundlichen Übersicht zu sämtlichen Förderprogrammen zur Bewältigung des demografischen Wandels,
 - Schaffung regionaler Koordinierungsstellen für Fördermittelanträge und –vergabe in den Planungsregionen (zentrale Ansprechpartner, Koordinierung von Anträgen / Maßnahmen, schnellere Bearbeitung und Umsetzung, Vermeidung von Doppelförderungen),
 - Ausrichtung / Umstrukturierung des bestehenden Programmes „Dorferneuerung“ zum „Umbau der Dörfer“ nach dem Beispiel „Stadtumbau Ost“ und Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel,
 - Schaffung finanzieller Anreize zur Nach- oder Umnutzung bestehender Altbausubstanz bzw. von Brach- und Konversionsflächen (Altbau vor Neubau!),
 - Gewährleistung einer offenen Informationspolitik und transparenter Entscheidungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, um deren Akzeptanz und Mitwirkung zu gewährleisten
- **Interkommunale Kooperation stärken** (zwischen Nachbarkommunen, zwischen Zentralen Orten und den Gemeinden ihres Grundversorgungsbereiches sowie innerhalb von Stadt-Umland-Räumen)
- **Sozialkompetenz stärken** (Gemeinschaftsgefühl, bürgerschaftliches Engagement, Nachbarschaftshilfe, Vereinsarbeit, Ehrenamt)
- **Solide Datenbasis als Voraussetzung für die Erarbeitung von Konzepten und Strategien.** Institutionen, Behörden und Verwaltungen (TLS, Landesverwaltungsamt, Landratsämter, Gemeinden, Unternehmen, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern) sollten Daten sammeln, aufarbeiten (Vergleichbarkeit) und bereitstellen, z.B. zu folgenden Themen:
 - Infrastrukturdatenbank (aktueller Bestand der Infrastrukturausstattung),
 - aktualisiertes Brachflächenkataster,
 - aktuelles Bauzustandskataster,
 - Statistik zur Altersstruktur von Beschäftigten (nach Betrieben bzw. Arbeitsort),
 - kleinräumige Bevölkerungsprognosen für alle Gemeinden,
 - Analyse der Verkehrssituation (Erreichbarkeitsverhältnisse),
 - Analyse der Einzelhandelsflächen,

- statistischer Gesamtüberblick für jede Gemeinde (alle beim TLS vorhandenen Daten sollten im Überblick für eine Gemeinde abrufbar sein),
Mit Hilfe solcher vergleichbarer Daten / Datenbanken können wirksame Strategien u.a. zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke oder für das Demografiemanagement auf Landkreisebene entwickelt werden.
- Was die **landesplanerischen Regelungserfordernisse** hinsichtlich des demografischen Wandels **im vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsprogrammes (LEP) Thüringen 2025** anbelangt, sind noch Defizite und Handlungsbedarfe auszumachen. Generell muss sich die Demografiestrategie des Freistaates im LEP Thüringen 2025 widerspiegeln, d.h. die Herausforderungen und strategischen Handlungsfelder müssen konkret in der Präambel und den Rahmenbedingungen benannt sowie in den Grundsätzen und Zielen des LEP umgesetzt werden.
Die Reduzierung der Grundzentren sowie die Aushöhlung des Zentrale-Orte-Prinzips im LEP werden abgelehnt. Dies steht konträr zu den Anforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Für die Ausstattung der Zentralen Orte und insbesondere der Grundzentren sind Mindeststandards festzulegen.
Die Abschnitte Siedlungsentwicklung und Einzelhandelsgroßprojekte bleiben hinsichtlich ihrer Regelungsinhalte und Verbindlichkeit hinter den Anforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, zurück.
Es mangelt an konkreten Entwicklungsoptionen zur Funktionsfähigkeit sozialer und technischer Infrastruktursysteme und somit zur Sicherung der Daseinsvorsorge.
Im Abschnitt Energie fehlen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel wesentliche Aussagen zu erneuerbaren Energien, z.B. zum Ausbau von Nahwärmenetzen.
Im Abschnitt zur Verkehrsinfrastruktur wird dem ÖPNV - gemessen an den künftigen Anforderungen unter den Bedingungen des demografischen Wandels - nur unzureichend Raum gegeben. Insbesondere muss die Erreichbarkeit der Zentralen Orte aus der Fläche heraus gesichert werden, nicht nur die Verbindung zwischen den Zentralen Orten.
- **Künftige Gebietsstruktur**
Es sind leistungsfähige Gebietskörperschaften erforderlich, die Demografiestrategien erstellen und umsetzen können. Auch sollen Kommunen wirtschaftlich tätig sein können, um steigende Ausgaben z.B. für die Sicherung der Daseinsvorsorge finanzieren zu können (z.B. im Bereich der Erneuerbaren Energien).
Für Bürgermeister und andere Entscheidungsträger sind Weiterbildungsangebote zur Bewältigung des demografischen Wandels anzubieten (u. a. über die Serviceagentur Demografischer Wandel). Finanzschwachen Kommunen ist Entwicklungshilfe im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren.
- Im Zusammenhang mit der **IBA Thüringen** ist festzustellen, dass die RPG Südwestthüringen bisher nur unzureichend informiert und eingebunden ist.
Auf Grund der komplexen Prozesse des Wandels (demografisch, soziokulturell, natürliche Ressourcen, erneuerbare Energien) werden die anstehenden Aufgaben mit den bisherigen Instrumenten / Handlungen und Akteurskonstellationen nicht zu meistern sein.

Die RPG Südwestthüringen wird sich auch weiterhin aktiv in den Prozess der Gestaltung des demografischen Wandels einbringen. Die Aufnahme der genannten Vorschläge in die Demografiestrategie des Freistaates Thüringen bzw. im Rahmen geeigneter gesetzlicher Regelungen wäre eine wichtige Grundlage, um die notwendigen Anpassungsstrategien entwickeln und umsetzen zu können.

Mit freundlichem Gruß

Müller

Vorsitzender des Planungsausschusses
Landrat